

Krisen, Kapital und Kosten

Ein feministischer Blick auf die globalen Krisen

Christa Wichterich

Ein Gutes hat diese Krise: Der Mythos, dass der Markt alles richtet und ein win-win-Spiel für alle sei, ist zerplatzt wie eine Spekulationsblase. Gut ist auch, dass die öffentliche Empörung darüber wächst, dass die Krise menschengemacht und der Profitlogik des Kapitalismus geschuldet ist. Zudem mehren sich gerade Stimmen, keineswegs nur von Feministinnen, die sagen, dass der Crash männergemacht ist und Derivate und Hedge Fonds Hirngeburten einer ebenso verantwortungs- wie maßlosen Männerkultur mit hohem Testosteronpegel seien. Die Regierungen, die das Kasino durch den Abbau von Kapitalkontrollen möglich gemacht, und die Beratungsfirmen, die all dies empfohlen haben, sind auch nicht gerade frauendominiert.

Aber wodurch ist diese Systemkrise des Kapitalismus zustande gekommen? Welche Funktionslogik steht hinter boni-geilen Ackermännern und selbstverliebten Macher-machos?

Die Krise markiert das Ende einer gigantischen Wachstumsphase. Dieser Expansionsboom, der gemeinhin Globalisierung genannt wird, war der Weg aus der Überproduktionskrise der 1970er Jahre. Damals floss wegen der übervollen Warenmärkte immer mehr Kapital auf den Finanzmarkt, Produktion wurde in die Billiglohnländer des Südens verlagert, zur Neuorganisation der internationalen Arbeitsteilung wurden immer mehr Frauen und selektiv auch MigrantInnen als flexible, unterbezahlte Arbeitskräfte am unteren Ende in die Wertschöpfungsketten integriert. Den Zugriff auf die Biodiversität und lokales Wissen konnten Konzerne sich durch Patentierung sichern, durch Privatisierung wurde die öffentliche Daseinsvorsorge den Marktprinzipien unterworfen, öffentliche Güter wurden privat angeeignet. Immer mehr Ressourcen, Menschen und Lebensbereiche wurden in die Warenproduktion und den Renditezwang einbezogen.

Die Expansionsstatistiken und Handelsbilanzen zeigen nicht, dass kapitalistische Wertschöpfung überall auf Grundlage eines Polsters von sozialer Regeneration, von überwiegend unbezahlt und von Frauen geleisteter Sorgearbeit und sozialer Sicherungsnetze einerseits und der regenerativen Kräfte der Natur andererseits funktioniert. Die Märkte setzen diese sozialen und natürlichen Leistungen voraus und eignen sie sich ständig an, ohne Entgelt oder gnadenlos unterbezahlt wie personennahe Dienstleistungen, z.B. Altenpflege, weil sie angeblich „unproduktiv“ sind.

Die Logik von Wachstum und Profit – das eherne Gesetz kapitalistischer Märkte - funktioniert durch einen doppelten Mechanismus: zum einen werden neue Märkte und Ressourcen erschlossen, neue Terrains und Methoden des Profitmachens gefunden – wie in der Globalisierung. Die andere Seite der Medaille ist Kostensenkung und dazu gehört, dass soziale und ökologische Kosten immer weiter aus den Märkten externalisiert und an die Individuen, sozialen Zusammenhänge und die Natur verschoben werden. Diese Kosten gehen nicht in die Preisbildung ein, was die Waren auf den Märkten so preiswert und den globalisierten Kapitalismus für Konsumenten

so attraktiv macht. Je neoliberaler die Politik, desto weniger Kontrolle und Regulierung dieser Prozesse.

So erzeugte der Globalisierungsboom Wohlstand und Konsum auch in Ländern des Südens, gleichzeitig aber auch in hohem Maße versteckte soziale und ökologische Kosten, neue Armut, soziale Unsicherheit, Hunger, Ressourcennot und Umweltkatastrophen. Eine gigantische Schere hat sich zwischen Gewinnen und Verlusten geöffnet, und Frauen schultern überproportional viel von den Verlusten und Kosten.

So wie feministische Ökonomie das Ganze von Wirtschaft und Arbeit, Produktion wie Reproduktion, bezahlte wie unbezahlte Arbeit, Haushalts- und Marktökonomie, in den Blick nimmt, so muss sie auch das Ganze der Krise in den Blick nehmen. Auch wenn im Augenblick alle über die Finanzmarktkrise, die nun auf die Realwirtschaft durchschlägt, reden, zeigt sich die Systemkrise des Kapitalismus nicht nur im Platzen irrwitziger Spekulationsblasen und in Bankencrashes, sondern auch in einer tiefgehenden Reproduktions- und Versorgungskrise, nämlich der Ernährungs- und Armutskrise wie auch in der Energie- und Klimakrise.

Spekulation mit Pensionsfonds und Termingeschäfte mit Nahrungsmitteln verdeutlichen, wie unter dem Expansionszwang Versorgung und Bedürfnisbefriedigung – das Ausgangsziel allen menschlichen Wirtschaftens - der Logik von Profit und Wachstum untergeordnet werden. Sie haben Symbolkraft für die Sorglosigkeit des Finanzkapitalismus gegenüber den Grundbedürfnissen der Menschen. Den Preis zahlen die Menschen mit ihrer Ernährungs- und sozialen Sicherheit: so stieg die Zahl der Hungernden in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 um 50 Millionen auf fast eine Milliarde.

Frauen, die Jobgewinnerinnen?

Frauen sind im Globalisierungsboom weltweit in die Arbeitsmärkte vorgestoßen, mit guten Qualifikationen und der Hoffnung auf Existenzsicherung, gleiche Rechte und Chancen. Gleichwohl sind sie von Gleichbehandlung und Gleichstellung noch immer weit entfernt. Je frauentypischer und je haushaltsnäher Arbeit ist, desto weniger ist sie auf dem Markt wert. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes verschiebt die Mehrzahl der Jobgewinnerinnen in flexible, geringentlohnte, sozial ungesicherte Jobs, und sie bleiben dort kleben. Deshalb schließt sich die Lohnschere zwischen Männern und Frauen partout nicht, deshalb sind 60 % der *working poor* Frauen.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO zeigte sich Ende 2008 die Krise bereits mit steigenden Zahlen von Erwerbslosigkeit, von *working poor* und informell Arbeitenden. Global betrachtet sind Frauen ohnehin schon die Mehrzahl in diesen drei prekären Bereichen und damit schlecht für Krisenzeiten gewappnet. Nicht zu vergessen, dass die Frauen in der Küche und am Kinderbettchen einen Zweitjob haben, woran die Mehrbelastung durch Erwerbstätigkeit nichts geändert hat. Knappe Haushaltskassen machen bekanntlich diesen Küchenjob und die Versorgung nicht leichter.

Die „Erstrundeneffekte“ der jetzigen Krise wirken sektoral und regional unterschiedlich. Kurz gesagt: in den Industrienationen sind Männer stärker betroffen, in den Entwicklungsländern Frauen. Beispiel Auftragseinbrüche im Exportsektor. Das trifft in Ländern des Südens vor allem die Arbeiterinnen in Industrien, die Textilien, Schuhe und Spielzeug herstellen. In China standen in den vergangenen Monaten etwa zehn Millionen Wanderarbeiterinnen vor verschlossenen Fabrikoren. Im Norden verlieren dagegen Männer in den kapitalintensiven Schlüsselindustrien wie Automobil- und Maschinenherstellung ihre Jobs. Hinzu kommen Jobverluste im stark konjunkturabhängigen Baugewerbe. In den USA entfallen derzeit 82 % aller Stellenstreichungen auf Männer. Dort trifft es aber auch die Aufsteigerinnen im Dienstleistungssektor, nämlich Frauen in der Finanz- und Immobilienbranche.

Als „Zweitrundeneffekte“ werden die staatlichen Ausgaben wegen der Verschuldung und die privaten Ausgaben wegen sinkender Beschäftigung und Entlohnung zurückgehen. Eine neue Welle des Kleinhackens von Beschäftigung in Teilzeit-, Leih- und prekäre Arbeit steht an. Ebenso sind Lohnabbau und Entlassungen durch Abspecken des öffentlichen Sektors, der Medien und des Handels zu erwarten – alles frauenintensive Sektoren. Die ILO geht davon aus, dass 2009 22 Millionen Frauen durch die Krise ihren Job verlieren werden. MigrantInnen werden von Einheimischen verdrängt, sodass sie weniger nach Hause rücküberweisen können.

Wie in früheren Krisen werden Frauen als soziale Air Bags gefragt sein, die mit Mehrarbeit im Haushalt Lohnkürzungen und Kündigung der Männer auffangen, mit zwei Mini-Jobs die eigene Entlassung ausgleichen, mit ehrenamtlicher Arbeit oder Selbsthilfe das Schrumpfen öffentlicher Leistungen abfedern. Während die Ernährerrolle der Männer durch die Krise weiter ausgehöhlt wird, schultern die flexiblen Frauen mehr Verantwortung und Lasten zur Existenzsicherung der Familien. Frau van der Leyen hat bereits darauf verwiesen, dass die Familie in der Krise als „Bedarfsgemeinschaft“ Konjunktur hat.

Der Rettungsstaat im Weiter so-Modus

Der Staat von den USA bis Deutschland agiert zu allererst als Rettungsstaat, um die Funktions- und Konkurrenzfähigkeit der nationalen Ökonomien zu erhalten. Er verschenkt Milliarden an die Brandstifter, Zockerbanken und Überproduktionsindustrien, nachdem er jahrelang mit dem Argument leerer Kassen die Daseinsvorsorge gekürzt und mit seiner Fiskal- und Deregulierungspolitik gesellschaftlichen Reichtum zugunsten des Kapitals umverteilt hat. Jetzt verteilt er Verluste und Risiken von oben nach unten um.

Dabei bricht die staatliche Rettung keineswegs mit der Funktionslogik der kapitalistischen Märkte oder stellt sich Konzerninteressen entgegen. Im Gegenteil: sie verpflichtet sich erneut dem Wachstum – siehe Abwrackprämie und Finanzspritzen für die Kaufkraft -, und damit genau der Strategie, die die Krisen ausgelöst hat. Es wird behauptet, Wachstum würde Jobs sichern, obwohl Konzernwachstum in den vergangenen Jahrzehnten mehr Beschäftigung durch Flexibilisierung, Prekarisierung und Stellenstreichungen gefährdet als neu geschaffen hat und viele Sektoren unter Wachstum ohne Jobs leiden. Alle Rettungspakete, besser: Erneuerungspakete bleiben der kapitalistischen Logik treu, dass allein Finanzmarkt und Realwirtschaft Wachstum

und Wert schaffen und zementieren den Widersinn, dass die Wachstums- und Kostensenkungsstrategie Probleme des sozialen Bereichs wie auch der Umweltzerstörung verschärft.

Zwar haben selbst die G20 angekündigt, die Finanzmärkte strenger zu regulieren, und den neoliberalen Staatsrückzug aus dem Markt partiell und vorübergehend rückgängig machen zu wollen. Gleichzeitig drängt aber die EU im Rahmen ihrer „Global Europe“-Strategie Länder des Südens zu neuen Freihandelsabkommen, um für europäisches Kapital neue Märkte, Wachstums- und Profitchancen zu erschließen. In intransparenten Verhandlungen und ohne demokratische Kontrolle preist die EU Liberalisierung – auch der Finanzmärkte - als besten Weg aus der Krise.

Würde die Politik die Funktionslogik des Kapitalismus tatsächlich verändern wollen, dann müsste sie der Versorgung und Reproduktion von Gesellschaft und Natur den Vorrang vor Wachstum und Profit geben, d.h. sie müsste die Wirtschaft vom spekulativen Kopf auf die versorgenden Füße stellen. Dazu gehört unter anderem ein neuer Protektionismus, der die Ernährung, soziale Sicherheit und öffentliche Güter vor den Finanzmärkten schützt, sprich: Nahrungsmittel, Renten, Bildung und Bahn dürfen nicht ins Kasino. Zudem reicht es nicht, die absurde Kasinologik der Finanzmärkte zu zähmen. Vielmehr gilt es, auch die industrielle ressourcen- und energieintensive Wachstumsbesessenheit in Frage zu stellen. Damit muss eine Umverteilung und Umbewertung von Arbeit, von Produktions- wie Sorgearbeit einhergehen. Erste Schritte dazu sind, die Wochenarbeitszeit zu verkürzen und Anrechte auf soziale Sicherheit auch an unbezahlte im Haushalt und und Freiwilligenarbeit für die Gemeinschaft zu binden.

Ob aber die wirtschaftlichen Spielregeln demokratisch neu ausgehandelt werden und Kapitalinteressen zurückstecken müssen, hängt davon ab, wie sehr sich soziale Kräfte mit Interessen an Existenzsicherheit, gutem Leben und Gerechtigkeit als (Gegen-)Macht gegen Profitmaximierung formieren und den gesellschaftlichen Konsens des Wachstums aufkündigen werden. Im Kapitalismus gibt es jedenfalls kein Wachstum ohne Download der Kosten an die Schwachen und ebenso kein Wachstum ohne die nächste Krise.